

Die US-Verfassungsrechtlerin Majorie Cohn nimmt Obamas heuchlerische Rede zur angeblichen "Beendigung des globalen Kriegs gegen den Terror" unter die Lupe.

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 071/13 – 28.05.13

## Die Obama-Rede über Guantánamo, die Drohnen-Angriffe und den Krieg gegen den Terror, der nicht mehr Krieg heißen darf

Von Marjorie Cohn – truthout, 24.05.13

( <http://truth-out.org/news/item/16570-guantanamo-drone-strikes-and-the-non-war-terror-war-obama-speaks> )

Da ich zu den mehr als 1.200 Unterzeichnern einer ganzseitigen Anzeige in der New York Times gehöre, in der die Schließung des Lagers Guantánamo gefordert wurde, war ich von der Rede, die Präsident Barack Obama am Donnerstag zur Terrorbekämpfung, zu den Drohnen und zu Guantánamo gehalten hat, sehr enttäuscht.

### Folter und unbegrenzte Inhaftierung in Guantánamo

In seiner gut formulierten, manchmal sehr defensiven Rede (die komplett aufzurufen ist unter [http://www.nytimes.com/2013/05/24/us/politics/transcript-of-obamas-speech-on-drone-policy.html?pagewanted=all&\\_r=0](http://www.nytimes.com/2013/05/24/us/politics/transcript-of-obamas-speech-on-drone-policy.html?pagewanted=all&_r=0) ) sagte Obama: "Ich bin der Meinung, dass wir in einigen Fällen gegen unsere grundlegenden Werte verstoßen haben – indem wir unsere Feinde bei Verhören gefoltert und einzelne Personen widerrechtlich inhaftiert haben." Kurz danach wies er dann noch darauf hin, dass er die Folter strikt verboten habe, erwähnte aber nicht, dass die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen schon 2006 die Zwangsernährung von Häftlingen in Guantánamo als Folter bezeichnet hat und dass dort immer noch Zwangsernährung stattfindet. Mehr als die Hälfte der noch dort verbliebenen Häftlinge befindet sich im Hungerstreik; sie wollen damit gegen ihre Behandlung und ihre unbefristete Inhaftierung protestieren. Viele von ihnen sind schon länger als zehn Jahre eingesperrt, ohne jemals angeklagt worden zu sein. Nur einmal machte Obama eine kurze, aber aufschlussreiche Bemerkung über die von seiner Regierung angeordnete Zwangsernährung von Hungerstreikenden in Guantánamo und schloss einige (rhetorische) Fragen an: "Sind wir wirklich so schlimm? Haben unsere Gründerväter uns so etwas zugetraut? Sind das die USA, die wir unseren Kindern hinterlassen wollen? Unser Gefühl für Gerechtigkeit sollte doch stärker sein."

Eigentlich müsste Obamas Gefühl für Gerechtigkeit ihn doch davon abhalten, Menschen wie Nabil Nadjarab zwangsernähren zu lassen. Der Gefangene sagte dazu: "Zwangsernährung ist unnatürlich, und mein Körper fühlt sich dabei an, als gehöre er nicht mehr mir. Sie setzen dich auf einen Stuhl, der an einen elektrischen Stuhl erinnert. Beine, Arme und Schultern werden mit Riemen festgebunden. Wenn du dich weigerst, den Schlauch einführen zu lassen, drücken sie deinen Kopf nach hinten, und das ist sehr riskant, weil der Schlauch dann in die falsche Röhre eindringen und Nahrung in die Lungen geraten kann. Ich kenne einige, bei denen sich dabei die Nase entzündet hat. Sie müssen den Schlauch jetzt ständig in der Nase behalten." Der britische Gefangene Shaker Aamer sagte aus, er sei in Guantánamo am Schlafen gehindert und wie ein Tier herumgezerrt worden. David Remes, ein Anwalt, der zwei Häftlinge vertritt, berichtete von "schockierenden Untersuchungen der Genitalien", durch die Häftlingen daran gehindert werden sollten, sich mit ihren Anwälten zu treffen. Die "neue Militärpolizei" habe sie bei den Untersuchungen sexuell missbraucht.

Und Obama fragt da noch: "Sind wir wirklich so schlimm?"

Obama hat nicht gesagt, dass er Guantánamo schließen werde. Er kritisierte den Kongress nur dafür, dass der die Entlassung dafür vorgesehener Häftlinge nicht zulasse, obwohl er das einschlägige Gesetz schon lange unterzeichnet habe. Positiv ist zu vermerken, dass Obama die Überstellung von Inhaftierten in den Jemen freigegeben und einen neuen Chefbeauftragten ernannt hat, der in Zusammenarbeit mit dem Außen- und dem Verteidigungsministerium die Auslieferung von Häftlingen an dritte Staaten überwachen soll. Obama hat aber nicht zugesagt, dass er die Verzichtsklausel anwenden wird, die in Abschnitt 1028 (d) des National Defense Authorization Act von 2013 (s. <http://www.gov-track.us/congress/bills/112/hr4310/text> ) enthalten ist; sie gestattet dem Verteidigungsminister, solche Überstellungen zu genehmigen, wenn sie der Sicherheit der USA dienen. Obama hat auch nicht versprochen, die Häftlinge freizulassen, die nach den Habeas-Corpus-Vorschriften (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Habeas\\_Corpus](http://de.wikipedia.org/wiki/Habeas_Corpus) ) entlassen werden müssten (weil sie ohne richterliche Anordnung festgehalten werden).

### **Der Anti-Terrorkrieg, der keiner mehr sein darf**

Obama erklärte auch, wie er seinen Krieg gegen den Terror fortsetzen will, ohne ihn weiterhin so zu nennen. Er stellte fest: "Nach unseren Gesetzen und dem Völkerrecht führen die USA Krieg gegen Al-Qaida, die Taliban und mit ihnen verbündete Kräfte."

Er fügte hinzu: "Nach Afghanistan werden wir 'den globalen Krieg gegen den Terror' nicht endlos weiterführen, sondern uns eher auf eine Reihe gezielter Aktionen beschränken, um einzelne Netzwerke von Extremisten auszuschalten, welche die USA bedrohen." Dann zählte Obama mit Pakistan, dem Jemen, Somalia und Mali die Staaten auf, in denen sich die USA am Kampf gegen den Terror beteiligen. Er fuhr fort: "Wir führen Krieg gegen eine Organisation, die so viele US-Amerikaner töten möchte, wie sie nur kann, wenn wir sie nicht vorher stoppen," und schloss mit der Bemerkung: "Wir führen einen gerechten Krieg – einen angemessenen Krieg, der letztlich nur unserer Selbstverteidigung dient."

Obama weiß, dass es nicht nur gerechtfertigte Kriege gibt. Er bezog sich unberechtigtweise auf drei Prinzipien, deren Beachtung das Völkerrecht beim Einsatz militärischer Gewalt verlangt. Verhältnismäßigkeit bedeutet, dass eine militärische Aktion in einem angemessenen Verhältnis zu dem erwarteten militärischen Nutzen stehen muss. Wenn Konvois mit Drohnen angegriffen werden – was bereits geschehen ist, sterben dabei unverhältnismäßig viele Zivilisten. Militärische Gewalt darf als letzte Möglichkeit erst dann angewendet werden, wenn alle Versuche, einen Konflikt friedlich zu lösen, gescheitert sind. Wenn Obama als Terroristen verdächtige Personen (mit Drohnen) töten lässt, anstatt sie gefangen zu nehmen und vor Gericht zu bringen, ist die militärische Gewalt nicht die einzig verbliebene Möglichkeit. Selbstverteidigung (die nach Art. 31 der UN-Charta als einziger Grund für den Einsatz militärischer Gewalt anerkannt wird) ist seit dem Konflikt um den Dampfer "Caroline" im Jahr 1837 (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Caroline-Kriterien> ) klar definiert; damals wurde festgelegt: "Die Notwendigkeit zur Selbstverteidigung muss unaufschiebbar und zwingend sein, und es dürfen keine sonstigen Mittel verfügbar sein und keine Zeit zum Verhandeln bleiben." Die Obama-Regierung hat aber bisher keine Beweise vorgelegt, die belegen, dass die von ihr (mit Drohnen) angegriffenen Menschen einen unmittelbar bevorstehenden Angriff auf die USA vorhatten.

### **Neue Regeln für Drohnen-Angriffe?**

Obwohl Obama den Einsatz von Drohnen und die gezielte Tötung verteidigte, erklärte er gleichzeitig: "Die USA greifen nicht mit Drohnen an, wenn die Möglichkeit besteht, einzelne Terroristen festzunehmen – wir ziehen es immer vor, sie zu inhaftieren, zu verhören

und strafrechtlich zu verfolgen." Trotzdem wurden 4.700 Menschen bei Drohnen-Angriffen getötet [s. <http://www.aljazeera.com/news/americas/2013/02/201322185240615179.html> ], und nur zwei Prozent von ihnen wurden verdächtigt, höhere Terroristenführer zu sein. Seit Obama Präsident ist, wurde nur ein einziger Häftling nach Guantánamo verbracht. "Die Obama-Regierung hat beschlossen, Al-Qaida-Mitglieder nicht mehr in Guantánamo einzusperren, sondern sie zu töten," stellte John Bellinger fest, der die Drohnen-Politik Bushs rechtfertigte [s. <http://www.tripolipost.com/articledetail.asp?c=5&i=10176> ].

Die Tötung Osama bin Ladens stellte Obama als Ausnahme dar, "weil seine eigentlich angestrebte Festnahme nicht möglich" gewesen sei. Dabei ist doch erwiesen, dass bin Ladens Leute bei der Ankunft der US-Soldaten unbewaffnet waren und bin Laden sehr wohl hätte festgenommen werden können (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_11/LP08711\\_240511.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP08711_240511.pdf) ). Obama gab zu: "Die Folgen dieser Aktion für unsere Beziehung zu Pakistan und die Reaktion der pakistanischen Öffentlichkeit auf unser Eindringen in ihr Territorium waren so negativ, dass wir erst jetzt wieder damit beginnen können, diese wichtige Partnerschaft neu aufzubauen." Da Pakistan über ein beträchtliches Atomwaffen-Arsenal verfügt, ist Obama wirklich ein großes Risiko für die Sicherheit unseres Staates eingegangen, als er durch seine Mord-Operation die Souveränität Pakistans verletzte.

Ben Emmerson, der UN-Sonderberichterstatter für den Komplex Terrorbekämpfung und Menschenrechte, stellte fest: "Aus völkerrechtlicher Sicht findet die US-Drohnen-Kampagne in Pakistan ohne die Zustimmung der gewählten Volksvertretung oder der legitimen Regierung dieses Staates statt." (weitere Infos dazu unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP04313\\_270313.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP04313_270313.pdf) ) Obama behauptete: Wir beschränken unsere Aktionen auf diejenigen, die uns töten wollen." Er gab nicht zu, dass die von seiner Regierung eingesetzten Drohnen auch herbeigeeilte Retter und Teilnehmer an Bestattungen von Toten umbringen, die selbst durch Drohnen getötet wurden. [s. dazu auch <http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/afghanistan-pakistan/secret-war/new-study-asserts-drone-strikes-in-pakistan-target-rescuers-funerals/> ]

Am Tag vor seiner Rede unterzeichnete Obama eine "Presidential Policy Guidance" (eine politische Leitlinie des Präsidenten), die – so behauptete er – "klare Richtlinien, die Zuständigkeit und die Verantwortung (für den Drohnen-Einsatz) festlegt". Obama hat in seiner Rede verkündet, das Weiße Haus habe ein Merkblatt über das Vorgehen und die Verfahren zur Terrorbekämpfung vorgelegt, die Policy Guidance selbst wurde aber nicht veröffentlicht. In diesem Merkblatt steht: "Die USA wenden keine tödliche Gewalt an, wenn es möglich ist, einen Terrorverdächtigen festzunehmen." Außerdem wird darin festgelegt, dass "tödliche Gewalt außerhalb von Gebieten, in denen Kampfhandlungen stattfinden", nur angewendet wird, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Es definiert aber nicht, was unter "Gebieten, in denen Kampfhandlungen stattfinden" zu verstehen ist.

Zu den in dem Merkblatt genannten Voraussetzungen für die Anwendung tödlicher Gewalt gehören auch die nachfolgend beurteilten:

1. Vorbedingung ist eine "gesetzliche Grundlage" für den Einsatz tödlicher Gewalt. Es wird aber nicht festgelegt, ob diese "gesetzliche Grundlage" auch geltende Verträge berücksichtigt – zum Beispiel die UN-Charta, die den Einsatz militärischer Gewalt nur zur Selbstverteidigung gestattet, oder wenn der UN-Sicherheitsrat zugestimmt hat.

2. Die Zielperson muss eine "anhaltende, unmittelbare Bedrohung für US-Amerikaner" darstellen. In dem Merkblatt ist aber weder "anhaltend" noch "unmittelbar" definiert. In einem erst kürzlich durchgesickerten Weißbuch des Justizministeriums steht, dass ein

US-Bürger auch dann getötet werden kann, wenn es "keine klaren Beweise dafür gibt, dass ein spezieller Angriff auf US-Amerikaner oder US-Interessen unmittelbar bevorsteht".

3. Es muss "nahezu Gewissheit" herrschen, dass der Terrorist, auf den der Angriff zielt, tatsächlich anwesend ist. Weder aus dem Merkblatt noch aus Obamas Rede war zu entnehmen, ob die Regierung ihre als "Signature Strikes" getarnten Massentötungen fortsetzen wird; bisher wurden auch unbekannte Personen nur deshalb umgebracht, weil sie sich in Gebieten, aufhielten in denen es zu feindlichen Aktivitäten gekommen war. (s. auch [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP01613\\_030213.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP01613_030213.pdf) )

4. Es muss "nahezu Gewissheit" herrschen, dass bei dem Drohnen-Angriff Nichtkombattanten weder verletzt noch getötet werden können. Das bedeutet anscheinend eine Abkehr von der bisherigen Praxis, die zur Folge hatte, dass bei US-Drohnen-Angriffen zahlreiche Nichtkombattanten getötet wurden. Das Merkblatt verändert also die gegenwärtige Politik, die alle Männer im wehrfähigen Alter, die sich in einer Kampfzone aufhielten, automatisch als Kämpfer ansah, "es sei denn, sie erwiesen sich bei gründlicher geheimdienstlicher Überprüfung posthum als unschuldig".

5. Es muss erwiesen sein, dass zu der Zeit, in der die Operation stattfinden soll, "eine Festnahme nicht machbar ist". Es bleibt aber unklar was mit "machbar" gemeint ist. Das Weißbuch lässt vermuten, das damit "zu umständlich" gemeint ist.

6. Es muss erwiesen sein, dass maßgebliche Regierungsstellen des Staates, in dem der Drohnen-Angriff stattfinden soll, nicht bereit oder nicht fähig sind, "die gegen US-Amerikaner gerichtete Bedrohung" zu beseitigen; die Bedrohung wird aber nicht definiert.

7. Es muss erwiesen sein, dass keine andere, angemessene Alternative zur Verfügung steht, um die "gegen US-Amerikaner gerichtete – wieder nicht definierte – Bedrohung" abzustellen.

Nach dem Merkblatt müssen diese Voraussetzungen nicht erfüllt sein, wenn der Präsident "unter außergewöhnlichen Umständen Drohnen-Angriffe anordnet, die legitim und notwendig sind, um die USA oder ihre Verbündeten zu schützen". Was unter "außergewöhnlichen Umständen" zu verstehen ist, bleibt offen.

Nur wenige Tage vor Obamas Rede gab Justizminister Eric Holder öffentlich die Tötung von vier US-Bürgern im Jahr 2011 zu; nur einer von ihnen – Anwar Awlaki – war tatsächlich als Zielperson ausgewählt worden. Das bedeutet, dass (bei diesem Drohnen-Angriff) 75 Prozent der Getöteten – darunter auch Abdulrahman, der 16-jährige Sohn Awlakis – so genannte "Kollateralschäden" waren. Nachdem er in seiner Rede ausgeführt hatte, dass US-Bürger nicht ohne ordentliches Gerichtsverfahren und Verurteilung gezielt getötet werden dürfen, behauptete Obama, Awlaki sei schon 2009 und 2010 an Terroranschlägen beteiligt gewesen, lange bevor Obama 2011 seine Tötung angeordnet habe; dann war die Voraussetzung "einer unmittelbaren Bedrohung" aber nicht mehr gegeben. Lt. Col. (Oberstleutnant) Toni Schaefer, der früher Offizier des Geheimdienstes der US-Army war, sagte in einem Interview mit (dem US-TV-Sender) MSNBC, man hätte Awlaki auch festnehmen können, die Regierung habe sich aber entschieden, ihn nicht festzunehmen, sondern gleich umbringen zu lassen.

Der Einsatz von Drohnen, das gezielte Morden und die Aufrechterhaltung des Lagers Guantánamo erzeugen Hass gegen die USA. Farea al-Muslimi, ein Mann aus dem Jemen, hat vor dem Ausschuss für die Verfassung und die Bürger- und Menschenrechte, einem Unterausschuss des Rechtsausschusses des Senats, berichtet, wie seine Freunde und

Nachbarn jüngst auf einen Drohnen-Angriffe in seiner Nähe reagiert haben. "Wenn sie jetzt an die USA denken, tun sie das in Angst, weil sie die Drohnen über ihren Köpfen fürchten. Was den gewalttätigen Militanten die ganze Zeit nicht gelungen ist, hat ein Drohnen-Angriff auf einen Schlag bewirkt."

## Die unbeantworteten Fragen

Während der Rede Obamas, hat Medea Benjamin von Code Pink mehrere Fragen gerufen, bevor Sie aus dem Saal entfernt wurde. [Infos zu Code Pink und ein Bild von Medea Benjamin s. unter [http://www.buzzfeed.com/ryanhatesthis/this-is-the-woman-who-interrupted-obamas-speech?utm\\_campaign=socialflow&utm\\_source=twitter&utm\\_medium=buzzfeed](http://www.buzzfeed.com/ryanhatesthis/this-is-the-woman-who-interrupted-obamas-speech?utm_campaign=socialflow&utm_source=twitter&utm_medium=buzzfeed) ]

Sie fragte den Präsidenten:

- Was ist mit der unbefristeten Inhaftierung?
- Was geschieht mit den 102 Hungerstreikenden?
- Wie begründen Sie die Ermordung des 16-jährigen Abdulrahman al-Awlaki? Warum wurde er umgebracht?
- Können Sie den Muslimen bestätigen, dass ihr Leben ebenso wertvoll ist wie unseres?
- Können Sie nicht wenigstens die Signature Strikes stoppen, bei denen Menschen nur auf Verdacht getötet werden?
- Werden Sie sich für die Tausende von Muslimen entschuldigen, die Sie umbringen ließen?
- Werden Sie die Familien der unschuldigen Opfer entschädigen? Das würde uns hier zu Hause sicherer machen.
- Können Sie der CIA die Drohnen wegnehmen?
- Sie sind der Oberbefehlshaber. Sie könnten Guantánamo noch heute schließen! Sie können die 86 Gefangenen freilassen, die schon vor 11 Jahren freigelassen werden sollten.
- Ich liebe mein Land. Ich liebe die Gerechtigkeit.
- Lassen Sie Gerechtigkeit walten. Sie sind doch Rechtsanwalt für Verfassungsrecht.

Obama antwortete: "Ich sehe der Dame nach, dass sie mich so engagiert unterbrochen hat. Es lohnt sich, ihr zuzuhören." Dann fügte er aber an, mit vielem, was sie gesagt habe, stimme er nicht überein. Man fragt sich, womit er überhaupt übereinstimmen könnte.

*Marjorie Cohn ist Professorin an der Thomas Jefferson School of Law (s. <http://www.tjsl.edu/>) und hat das Buch "The United States and Torture: Interrogation, Incarceration, and Abuse" (Die USA und die Folter: Verhöre, Einkerkерung und Machtmissbrauch, s. <http://www.amazon.de/United-States-Torture-Interrogation-Incarceration/dp/0814769829> ) herausgegeben. Sie arbeitet an einem weiteren Buch über Drohnen und gezieltes Töten.*

(Wir haben den Verriss der Obama-Rede komplett übersetzt und und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat die Autorin selbst eingefügt. Weitere Infos über Majorie Cohn sind aufzurufen unter <http://www.tjsl.e-du/directory/marjorie-cohn> . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

---



## Guantanamo, Drone Strikes and the Non-War Terror War: Obama Speaks

24 May 2013

By Marjorie Cohn

As one of the 1,200-plus signatories to the full-page ad that appeared in The New York Times, calling for the closure of Guantanamo, I was disappointed in President Barack Obama's speech Thursday on counterterrorism, drones and Guantanamo.

### Torture and Indefinite Detention at Guantanamo

In a carefully crafted - at times defensive, discourse, Obama said, "In some cases, I believe we compromised our basic values - by using torture to interrogate our enemies and detaining individuals in a way that ran counter to the rule of law," adding, "We unequivocally banned torture." But Obama failed to note that the United Nations Human Rights Commission determined in 2006 that the violent force-feeding of detainees at Guantanamo amounted to torture and that he has continued that policy. More than half the remaining detainees are refusing food to protest their treatment and indefinite detention, many having been held for more than a decade with no criminal charges. In only a brief, but telling, mention of his administration's violent force-feeding of hunger strikers at Guantanamo, Obama asked, "Is that who we are? Is that something that our founders foresaw? Is that the America we want to leave to our children? Our sense of justice is stronger than that."

One would hope that Obama's sense of justice would prevent him from allowing the tortuous force-feeding of people like Nabil Nadjarab, who has said, "To be force-fed is unnatural, and it feels like my body is not real. They put you on a chair - it reminds me of an execution chair. Your legs, arms and shoulders are tied with belts. If you refuse to let them put the tube in, they force your head back . . . [it is very risky] because if the tube goes in the wrong way, the liquid might get into your lungs. I know some who have developed infections in the nose. They now have to keep tubes in their noses permanently." British resident Shaker Aamer reported being subjected to sleep deprivation and being dragged around like an animal at Guantanamo. David Remes, who represents two detainees, reported "shocking" genital searches "designed to deter" detainees from meeting with their lawyers. The "new military policy," said Remes, "is to sexually abuse them in searches."

And Obama asks, "Is that who we are?"

Obama did not say he would close Guantanamo. He criticized Congress for placing restrictions on transferring detainees who have been cleared for release, although he signed the legislation Congress passed. To his credit, Obama lifted the moratorium on detainee transfers to Yemen and appointed a new senior envoy at the State Department and Department of Defense to oversee detainee transfers to third countries. But Obama did not pledge to use the waiver provision contained in Section 1028(d) of the 2013 National Defense Aut-

horization Act that would allow the Secretary of Defense to authorize transfers when it is in the national security interest of the United States. Nor did he promise to stop blocking the release of detainees cleared by habeas corpus proceedings.

### **The Non-War Terror War**

Obama explained how he plans to continue his war on terror without calling it a war on terror. He stated, "Under domestic law and international law, the United States is at war with al Qaeda, the Taliban and their associated forces."

While also saying, "Beyond Afghanistan, we must define our effort not as a boundless 'global war on terror' - but rather as a series of persistent, targeted efforts to dismantle specific networks of violent extremists that threaten America," Obama listed Pakistan, Yemen, Somalia and Mali as places the United States is involved in fighting terror. Because, he said, "we are at war with an organization that right now would kill as many Americans as they could if we did not stop them first," Obama concluded, "This is a just war - a war waged proportionally, in last resort and in self-defense."

Obama understands that not all wars are just wars. He was referring to, but misapplied, three principles of international law that govern the use of military force. Proportionality means that an attack cannot be excessive in relation to the anticipated military advantage. Yet when drones are used to take out convoys, large numbers of civilians will be, and have been, killed. Last resort means that a country may resort to war only if it has exhausted all peaceful alternatives to resolving the conflict. By assassinating rather than capturing suspected terrorists and bringing them to trial, Obama has not used military force as a last resort. And self-defense is defined by the leading Caroline Case of 1837, which said that the "necessity for self-defense must be instant, overwhelming, leaving no choice of means and no moment for deliberation." The Obama administration has provided no evidence that the people it targeted were about to launch an imminent attack on the United States.

### **New Rules for Drone Strikes?**

Although he defended the use of drones and targeted killing, Obama proclaimed, "America does not take strikes when we have the ability to capture individual terrorists - our preference is always to detain, interrogate and prosecute them." Yet, 4,700 people have been killed by drone strikes, only two percent of whom were high-level terrorist suspects. And Obama has added only one person to the detention rolls at Guantanamo since he took office. "This [Obama] government has decided that instead of detaining members of al-Qaida [at Guantanamo] they are going to kill him," according to John Bellinger, who formulated the Bush administration drone policy.

Obama referred to the killing of Osama bin Laden as exceptional because "capture, although our preference, was remote." Yet it was clear when the US soldiers arrived at bin Laden's compound that the people there were unarmed and bin Laden could have been captured. Obama admitted, "The cost to our relationship with Pakistan - and the backlash among the Pakistani public over encroachment on their territory - was so severe that we are now just beginning to rebuild this important partnership." Indeed, in light of Pakistan's considerable arsenal of nuclear weapons, Obama took a substantial risk to our national security in breaching Pakistan's sovereignty by his assassination operation.

Ben Emmerson, UN special rapporteur on counterterrorism and human rights, said the drone strikes in Pakistan violate international law. "As a matter of international law, the US drone campaign in Pakistan . . . is being conducted without the consent of the elected re-

representatives of the people or the legitimate government of the state," he noted. Obama said we are "narrowly targeting our action against those who want to kill us." He did not address his administration's policy of using drone strikes to kill rescuers and attendees at funerals after the original strike killings.

The day before his speech, Obama signed a Presidential Policy Guidance, which he said, provides "clear guidelines, oversight and accountability." As Obama delivered his speech, the White House issued a Fact Sheet regarding policies and procedures for counterterrorism operations, but did not release the policy guidance itself. That Fact Sheet says, "The policy of the United States is not to use lethal force when it is feasible to capture a terrorist suspect." It provides that "lethal force will be used outside areas of active hostilities" only when certain preconditions are met. But it does not define "areas of active hostilities."

Preconditions for using lethal force include:

1. The requirement of a "legal basis" for the use of lethal force. It does not define whether "legal basis" means complying with ratified treaties, including the UN Charter, which prohibits the use of military force except in self-defense or when approved by the Security Council.
2. The target must pose a "continuing, imminent threat to US persons." The Fact Sheet does not define "continuing" or "imminent." The recently leaked Department of Justice White Paper says that a US citizen can be killed even when there is no "clear evidence that a specific attack on US persons and interests will take place in the immediate future."
3. There must be "near certainty" that the terrorist target is present. Neither the Fact Sheet nor Obama in his speech addressed whether the administration will continue "signature strikes" (known as crowd killings), which don't target individuals but rather areas of suspicious activity.
4. There must be "near certainty" that noncombatants will not be injured or killed. This is apparently a departure from present practice, as numerous noncombatants have been killed in US drone strikes. The Fact Sheet changes the current policy of defining combatants as all men of military age in a strike zone "unless there is explicit intelligence posthumously proving them innocent."
5. There must be an assessment that "capture is not feasible" at the time of the operation. It is unclear what feasibility means. The White Paper appears to indicate that "infeasible" means inconvenient.
6. There must be an assessment that relevant governmental authorities in the country where the attack is contemplated cannot or will not effectively address the "threat to US persons," which is left undefined.
7. There must be an assessment that no other reasonable alternatives exist to address the "threat to US persons," also left undefined.

Finally, the Fact Sheet would excuse these preconditions when the president takes action "in extraordinary circumstances" which are "both lawful and necessary to protect the United States or its allies." There is no definition of "extraordinary circumstances."

A few days before Obama's speech, Attorney General Eric Holder publicly acknowledged

the killing of four US citizens, only one of which - Anwar Awlaki - was actually targeted, in 2011. That means 75 percent were "collateral damage," including Awlaki's 16-year-old son, Abdulrahman. In his speech, after affirming that a US citizen cannot be targeted and killed without due process (arrest and trial), Obama claimed that Awlaki was involved in terrorist plots in 2009 and 2010; this is long before Obama ordered that he be killed by drone strike in 2011, which would appear to violate the "imminence" requirement. Indeed, Lt. Col. Tony Schaefer, a former Army Intelligence officer, said on MSNBC that Awlaki could have been captured but the administration made a decision to kill instead of capture him.

The use of drones and targeted assassination and the continuing existence of Guantanamo engender hatred against the United States. Farea al-Muslimi, a Yemeni man who testified before the Senate Judiciary Subcommittee on the Constitution, Civil Rights and Human Rights, spoke about how his friends and neighbors reacted to a recent drone strike in his neighborhood. "Now, however, when they think of America, they think of the fear they feel at the drones over their heads. What the violent militants had failed to achieve, one drone strike accomplished in an instant."

### **The Unanswered Questions**

During Obama's speech, Code Pink's Medea Benjamin yelled out several questions before being escorted out of the room.

She asked the President:

- \* What about the indefinite detention?
- \* What about the 102 hunger strikers?
- \* What about the killing of 16-year-old Abdulrahman al-Awlaki? Why was he killed?
- \* Can you tell the Muslim people their lives are as precious as our lives?
- \* Can you stop the signature strikes that are killing people on the basis of suspicious activities?
- \* Will you apologize to the thousands of Muslims that you have killed?
- \* Will you compensate the innocent family victims? That will make us safer here at home.
- \* Can you take the drones out of the hands of the CIA?
- \* You are commander-in-chief. You can close Guantanamo today! You can release those 86 prisoners [cleared for release]. It's been 11 years.
- \* I love my country. I love the rule of law.
- \* Abide by the rule of law. You're a constitutional lawyer.

Obama responded, "I'm willing to cut the young lady who interrupted me some slack because it's worth being passionate about. . . . The voice of that woman is worth paying attention to." But he went on to say he obviously doesn't agree with much of what she said. One wonders what parts he does agree with.

*Marjorie Cohn is a professor at Thomas Jefferson School of Law and the editor of The United States and Torture: Interrogation, Incarceration, and Abuse. She is working on a book about drones and targeted killing.*

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**